

Danziger Zeitung.

No 9042.

Die "Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettelerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserlichen Posten angenommen. Preis pro Quartal 4 M. 50 P. — Auswärts 5 M. — Inserate, pro Seite 20 P., nehmen an: in Berlin: H. Würtz, A. Metzeyer u. H. W. Moos; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hasenstein und Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schäfer.

1875.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten auswärtigen Abonnenten bitten wir, die Bestellungen auf die Danziger Zeitung für das nächste Quartal rechtzeitig aufzugeben, damit keine Unterbrechung in der Verbindung eintritt. Die Postanstalten befördern nur so viele Exemplare, als bei denselben vor Ablauf des Quartals bestellt sind.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an. Der Abonnementspreis beträgt für die mit der Post zu versendenden Exemplare pro II. Quartal 1875 5 M.; für Danzig inclusive Bringerlohn 5 M. 25 Pf. Abgeholt kann die Zeitung werden für 4 M. 50 Pf. pro Quartal:

Kettelerhagergasse No. 4 in der Expedition, Altkönigstrasse Graben No. 108 bei Hrn. Gustav Henning,
2. Raum No. 3 bei Hrn. Albert Kleist, Fischmarkt No. 26 bei Hrn. G. A. Vorwein, Langgasse No. 85 bei Hrn. Alb. Teichgräber, Langenmarkt No. 21 bei Hrn. Hubert Goßmann, Neugarten No. 8 bei Hrn. Bräutigam, Neugarten No. 22 bei Hrn. Töws, Paradiesgasse No. 18 bei Hrn. Bädermeister Trostner, Poggenvuhr No. 32 im „Tannenbaum.“

Telegramm der Danziger Zeitung.

London, 27. März. Nach einer telegraphischen Meldung des Neuer'schen Büros aus Melbourne vom 24. d. sind zwanzig hervorragende Kommunisten unter Führung des Doctor Rastoul auf einem von ihnen erbauten Fahrzeuge von Neu-Galedonien entflohen.

Teleg. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 25. März. Wie ein der "N. fr. Pr." aus Constantinopel zugegangenes Telegramm meldet, hat das unter dem Oberbefehl des Contre-Admirals Hassan Pascha stehende ottomatische Geschwader-Orde erhalten, nach dem adriatischen Meere abzugehen, um den Kaiser von Österreich auf seiner Reise nach Dalmatien zu begleiten. Der Gouverneur von Bosnien, Derwisch Pascha, wird sich zu demselben Zweck nach Dalmatien begeben. — Dasselbe Blatt aus Belgrad, vor der Auflösung der Skupstchina habe die Regierung die Erklärung abgegeben, die Skupstchina sei einzige und allein von Leidenschaften getragen und mache jede Thätigkeit unmöglich. Die Regierung habe sich in Verhältnis und Gebüld erschöpft und sei daher endlich gezwungen gewesen, dem Fürsten die Auflösung der Skupstchina anzurathen.

Madrid, 26. März. Dem "Imparzial" folge jetzt die Regierung definitiv zugesagt, die Entschädigungsforderung der Deutschen Brigg "Gustav" zu bezahlen. — Der König hat der Gräfin von Gironi den Titel einer Prinzessin von Asturien beigelegt.

New York, 25. März. Nach hier eingegangenen Meldungen aus Cuba haben die Insurgenten 14 der bedeutendsten Zuckerplantagen durch Feuer verwüstet. Der Schaden wird auf 500,000 Doll. geschätzt. Die diesjährige Ernte ist ebenfalls verichtet.

Stadt-Theater.

* Der Ferdinand in "Kabale und Liebe", welchen Hr. E. Robert am Donnerstag spielte, gehört zu den feurigen jugendlichen Heldenstücken, die der Künstler durch seine gesammte Persönlichkeit wie durch sein Temperament auf das Vollkommenste ausfüllen berufen ist. Der ganze Sturm und Drang, der in dieser Partie steckt, kommt durch Hr. Robert zur vollen Wirkung und doch zugleich in einer künstlerischen, durchaus anmuthenden Form. Die eble ritterliche Erscheinung, die Innigkeit und Wärme des Tones, die Feinheit in Haltung und Bewegung zeigen uns den Liebhaber, wie er sein soll. Aber auch in dieser Form weist sich der auf das Charakteristische bedachte Darsteller geltend zu machen. Und so reichte sich denn diese Partie den vorausgegangenen höchst interessanten Leistungen des Gastes auf das Würdigste an. Die Unterstützung, welche Hr. Robert bei den hiesigen Kräften fand, war nicht eine gleichartige. Wir haben indessen das Stück bereits in dieser Saison besprochen und können uns auf die Bemerkung befrüchten, daß namentlich Hr. Bernhardt als Lady Milford, Hr. A. Ellmenreich als Präsident, und Hr. Wohlmut als Wurm ganz tüchtig waren, letzter bis auf die übermäßig forcirten Schlüsse. Hr. Pahlk sprach die kleine Partie des Kammerdieners recht verständig.

Aus München.

Die bevorstehende bessere Jahreszeit — heißt es in einem Münchener Briefe der "H. N." — wird in unserm Münchener manche Veränderung bringen, welche der Stadt ein besseres Aussehen schafft, sie zu einem gesunderen Aufenthalt macht. Vor allem ist es der große Stadtpark, auf den man hier schönen Hoffnungen setzt. Er wird im Südosten der Stadt angelegt, da wo sich jetzt eine weite Wiesenfläche hinzieht, die zum Abschluß einen sich ausdehnenden Hügel hat, dessen schönste Bierre das colossale Standbild der Bavaria bildet. Sobald es die Witterung erlaubt, wird mit den Arbeiten begonnen werden.

Das zweite größere Project, das ebenfalls in nächster Zeit in Angriff genommen werden wird, ist

Die bevorstehenden Verhandlungen der Verwaltungs-Reformgesetze.

△* Berlin, 25. März.

Nach den Osterferien wird das Abgeordnetenhaus in den ersten Wochen fast ausschließlich sich mit der Provinzialordnung und dem Dotationsgesetz beschäftigen und soviel Schwierigkeiten und Reibungen auch in den verschiedenen Stadien, welche diese Gesetze noch zu passieren haben, zu überwinden sein werden, man darf wohl heute noch an der Hoffnung festhalten, daß die Entwürfe in dieser Session Gesetze werden und die neue Provinzialordnung mit dem nächsten Jahre in den 5 östlichen Provinzen in das Leben treten wird. Die Majorität des Abgeordnetenhauses — daran ist wohl nicht zu zweifeln — wird das Threigethun, um die Errichtung dieses Ziels zu ermöglichen und sie wird damit lediglich der Forderung entsprechen, welche im Land seit Jahren gelten gemacht ist. Sie haben bereits in ihrer No. 9024 vom 16. d. M. darauf hingewiesen, daß die Befürchtungen des in No. 9023 enthaltenen Berliner Artikels (die Verwaltungs-Reformgesetze) zu weit gehen. Ich möchte heute noch hinzufügen, daß der Herr Verfasser dieses Artikels von einer nicht richtigen Voraussetzung ausgeht, wenn er annimmt, daß auch bei den Abgeordneten der 5 östlichen Provinzen von einem besonderen Eifer für das Zustandekommen der Provinzialordnung kaum etwas zu spüren ist. Es ist zuzugeben, daß ein Theil der Streng-Conservativen wenig Eifer an den Tag legt, weil ihm die Reform zu weit geht, ferner, daß ein Theil der Abgeordneten aus Rheinland und Westfalen keinen Werth auf das Zustandekommen der Gesetze legt, weil sie nicht wissen, daß den gegenwärtigen Provinzialvertretungen dieser Provinzen die Dotationsfonds überwiesen werden, und es ist schließlich auch zuzugeben, daß ein Theil der ostpreußischen Abgeordneten, insbesondere unter denjenigen, welche der Fortschrittspartei angehören, von der Vertagung der Reform keineswegs schmerlich berührt sein würde, weil damit auch die preußische Theilungsfrage und die Dotationsfrage vertagt würde, aber die Majorität des Abgeordnetenhauses, welche sich aus den Nationalliberalen, den Freiconservativen und einem Theil der Fortschrittspartei zusammensetzt, denkt, wie ich glaube, über die Notwendigkeit des Zustandekommens der Provinzialordnung noch heute genau so, wie vor einem oder zwei Jahren.

Mit Resolutionen und Interpellationen hat man mehrere Sessions hindurch die Staatsregierung angefordert, die alten Provinzen in derselben Weise zu dotiren, wie die neuen, man hat die bittersten Beschwerden über die lange Verjährung dieser Dotirung geführt, man hat gefordert, daß die neue Provinzialordnung vorgelegt würde, denn diese Reform sei die unerlässliche Vorbereitung für die anderweitige Organisation unserer ganzen inneren Staatsverwaltung — und jetzt sollte man, während die Staatsregierung den ernsten Willen zeigt, Provinzialordnung und Dotationsgesetz zu Stande zu bringen, den so viel begehrten Gesetzeswürken gegenüber fühlen oder gleichgültig sein? Das wäre in der That unverständlich. Waren doch nicht alle von denen, die den jetzigen Entwürfen so wenig Sympathien entgegenbringen, bei der Ein-

bringung der früheren Provinzialordnungs-Vorlage in derselben Stimmung!

Was würde wohl mit der Vertagung der Reform gewonnen werden? Glaubt man, die Provinzen werden in den nächsten Jahren besser dotirt werden können, als heute? Oder ist man der Ansicht, daß die Regierung, die sich heute ganz entschieden weigert, in die Befestigung der Bezirksregierungen zu willigen, bevor nicht die neuen Provinzialorgane sich bewährt haben, im nächsten Jahre oder nach zwei Jahren anderer Meinung sein wird? Wenn die Reform vertagt wird, behalten wir die alten Provinzial-Bertreibungen und die ganze alte Verwaltungs-Organisation mitamt den Regierungs-Präsidenten und Bezirksregierungen; außerdem behält der Staat die Dotationsfonds in der Hand und mindestens ein Jahr geht wieder ungenutzt für die Reform unserer inneren Verhältnisse verloren. Damit wird auch der Termin in immer weitere Ferne gerückt, in welchem das Schulgesetz und eine Reihe anderer wichtiger Gesetze vorgelegt werden kann; denn alle diese Gesetze hängen von der Durchführung der Provinzialordnung ab.

Es ist in hohem Grade zu bedauern, daß die Befestigung der Regierungs-Präsidenten nicht schon jetzt gelingt; es ist insbesondere zu bedauern, daß diese Institution auch im Abgeordnetenhaus und neuerdings sogar in der Fortschrittspartei noch so viele Vertheidiger findet, indem durch die Vertagung der Reformen wird die Befestigung dieser Instanz gewiß nicht näher gerückt. Wohl aber erscheint die Ansicht als eine begründete, daß die Befestigung ganz von selbst erfolgen wird, wenn erst die neuen Provinzialorgane in's Leben getreten sind und sich bewährt haben.

Wie man auch die Sache ansehe mag — und der Grunde für die energische Betreibung der Reform giebt es noch viele — es wäre ein großer Fehler, wenn das Abgeordnetenhaus nicht so weit an ihm ist, seine Kraft aufzuzeigen, um die Reformgesetze in dieser Session zu Stande zu bringen. Das dies letztere geschehen wird, darf man auch heute noch zuversichtlich hoffen. Wenn in dem erwähnten Berliner Artikel vom 14. März u. A. behauptet wird, daß die Abwesenheit Lasker's in der Majorität eine Schläffheit des Aufstrebens und eine Verfaultheit in den Richtungen hervorgerufen habe, so ist nicht abzusehen, welche Thatachen für diese Behauptung sprechen. Es ist durchaus richtig, daß die politischen Freunde und insbesondere diejenigen, welche ihm näher stehen, seine Abwesenheit aus vielen Gründen sehr lebhaft bedauern, — aber der Meinung werden sie doch wohl kaum sein, daß der Abgeordnete Lasker so viel Einfluss auf diejenigen Mitglieder der Fortschrittspartei, welche der Befestigung der Regierungs-präsidienten widerstreben, ausgeübt hätte, daß sie mit der Mehrzahl der Nationalliberalen und Freiconservativen für die Befestigung derselben eingetreten wären.

Danzig, den 27. März.

Fürst Bismarck ist bis jetzt nicht nach seinen in Lauenburg gelegenen Festungen gereist, sondern weilt noch in Berlin. Von verschiedenen Seiten

wird sein Verbleiben in der Hauptstadt mit dringenden Dienstgeschäften in Verbindung gebracht. Daß derselbe am 1. April zum Herzog von Lauenburg ernannt werden solle, wird jetzt widerufen, ja es wird offiziell angekündigt, diese Nachricht, wie die dem Kanzler werden das Prädicat „Se. Hoheit“ verliehen werden, sei nur eine böswillige Erfindung seiner Feinde. Jene Auszeichnung kann schon aus dem Grunde nicht erfolgen, weil der Titel „Herzog von Lauenburg“ im vergangenen Jahre in den großen und mittleren Titel der Krone Preußen aufgenommen wurde, und diese nicht, weil selbst regierende Fürsten sich mit dem Prädicat „Durchlaucht“ begnügen müssen. Man scheint also mit jener Nachricht beabsichtigt zu haben, in unseren „kleinen“ Mützen gegen den Mann zu erregen, der aus ihren Kronen schon manchen Edelstein gebrochen, und man hat ganz geschickt speculirt, denn in Bezug auf solche Neuerlichkeiten, die gewöhnlichen Menschenkindern ziemlich nebenfächlich erscheinen, sind ja unsere kleinen Potentaten am empfindlichsten. Und jene Nachrichten fanden vielfach Glauben, weil man der Ansicht war, daß der Kaiser seinem Kanzler zum 60. Geburtstage eine ganz besondere Auszeichnung verleihen werde.

Wie der "Post" aus Schlesien mitgetheilt wird, ist dort die päpstliche Encyclica vom 5. Februar, welche bekanntlich die Nichtigkeitsklärung der Maigesetze und somit die Auferordnung zum Ungehorsam gegen die Staatsgewalt enthält, amtlich vom fürstbischöflichen General-Vicariat-Amt in lateinischer Text dem Curatclerus nebst andern amtlichen Verordnungen ohne irgend einen Zusatz mitgetheilt worden. Das betreffende amtliche Verordnungsblatt trägt die Unterschrift des Generalvicars Neulrich. Vermuthlich hat oder wird man eine vertrauliche Anweisung erlassen, um den Clerus vor den nachtheiligen Folgen einer Unterwerfung unter die Staatsgesetze zu warnen. Die "Post" fügt in der anscheinend offiziösen Mittheilung hinzu: "Dieses Verfahren bedarf keines Commentars, es ist planmäßige Rebellion, welche dadurch nicht weniger strafbar ist, daß sie wirkungslos bleibt. Fonds, um renitente Geistliche zu unterstützen, werden seit Jahren gesammelt, materiell werden die Herren ihr angebliches Martyrium somit sich erleichtern können. Für die Staatsregierung kann in alledem nur die erneute Auferordnung liegen, auf dem betretenen Weg unbeirrt fortzuschreiten." In Schlesien wird übrigens der "christliche Communismus", d. h. die Sammlungen für die Geistlichen, sehr eifrig betrieben. In anderen Gegenden, z. B. in Nassau, warnen die Geistlichen selbst vor öffentlichen Collecten, auf welche die Regierung auch die Hand legen könne und werde; als das beste und ungefährlichste Mittel zur Unterstützung der Geistlichen werden reichliche Spenden unter dem Vorwande, daß Menschen leben zu lassen, angepriesen.

Von offiziöser Seite ist seit etwa 14 Tagen aus Anlaß der Encyclica eine weitläufige Versprechendes italienischen Garantiegesetzes eingeleitet; erst wurden Führer durch scheinbar unabhängige Correspondenten ausgestreckt, jetzt geht man schon directer vor. Jenes Gesetz vom 13. Mai 1871 hat bekanntlich den Zweck, die Unabhängigkeit

Commissionen in aller Herren Länder entsendet, um von den bestehenden Einrichtungen Einsicht zu nehmen und nach hizigen, endlosen Debatten wurde von den städtischen Collegen endlich die Erbauung eines allgemeinen Schlachthauses beschlossen und dafür ein Platz ausfindig gemacht, der an der Isar, an der Südseite der Stadt liegt. Viele Kreise der Einwohner beherrscht nun wieder die Furcht, daß durch die Einleitung des Blutes der Schlachtthiere in die Isar den Gesundheitsverhältnissen der Stadt neue Gefahr zugeführt werde, weil der Fluss seine blutgetränkten Wellen dann durch alle Gassen der Stadt und zwischen den belebtesten Vorstädten hindurch trægt; aber der Ausspruch der Gesundheitscommission wird entgegen gehalten, welche wissen will, daß eine solche Gefahr nicht geschaffen werde. Das wird eben abzuwarten sein.

Im vorigen Jahre ging die lustige Carnevalsszeit für München tot und unheimlich vorbei, keine Geige lud zum Walzer, kein Jubelruf drang aus den matt erleuchteten Wirthshaus-Localityen. München feierte schwer unter dem todbringenden Schritte der Cholera. In diesem Jahre schien Jeder, der es noch vermochte, das Versäumte nachholen zu wollen. Der Odeonssaal, das Centrum aller Tanzvergnügungen, wurde fast nicht mehr leer, ein Ball löste den andern ab, und die abräumenden Werkleute und die den Saal neu schmückenden Decorateure arbeiteten täglich neben einander. Selbst der König entschloß sich, seine Zurückgezogenheit aufzugeben und aus seinen einsamen Gemächern in die vom Adel belebten Festäle seiner Residenz zum Hofballe zu treten. — Daß das Volk seine Carnevalsfreuden auf die Straße brächte und die Offenheitlichkeit zur Zeugin seiner Lustigkeit mache, dazu ist der Münchener zu phlegmatisch und physisch zu auf die Verhüter hierzu schwierigen bisher geworden.

Im Theater merkte man nichts von einer derartigen Lustigkeit: der Intendant waren zumal durch die Lücken im Schauspielpersonal, die insbesonders durch den noch immer unerledigten Verlust unserer sentimental Liebhaberin der Fr. Johanna Meyer, unserer dramatischen Schauspielerin Fr.

Ziegler und des besten unserer Charakterspieler, des Herrn Christen, die Hände gebunden, überall fehlten diese Kräfte und für die Intendant galt es immer nur, ein solches Repertoire herzustellen, daß die Lücken im Personal nicht gar zu schmerhaft empfunden würden. Gastspiele drängten sich an Gastspiele — aber sie führten zu einem Ziele, es war nur mittelmäßige Vaare, die auf den Markt kam. Von Novitäten hat nur Lindau's "Erfolg" sich auf dem Repertoire behauptet und in das Gebiet der Oper "So machen es Alle" von Mozart (mit dem vom Devrient umgearbeiteten Texte) eine erfreuliche Erweiterung erhalten. Tenorist Nachbaur, den das Hamburger Stadttheater eine Weile zu seinem Personale zählte, wurde neuerdings für die hiesige Hofbühne engagiert und das jüngste Gastspiel von Fräulein Ulrich von Dresden, welches uns für den Abgang von Fr. Ziegler entzöglichen sollte, hatte nur einen theilweisen Erfolg aufzuweisen. Mit großer Spannung sieht man dem am 1. April beginnenden Gastspiel von Frau Wahlmann von Stuttgart entgegen, mit welcher alle die Shakespeare'schen Königsdramen zur Aufführung gelangen sollen. Auch daß Frau Pauline Lucca demnächst in zwei Concerten auftreten wird, steht die Mußifreunde um so mehr in Aufregung, als die berühmte Sängerin hier noch nie gehört worden ist. — Der Rücktritt des Ober-Régisseurs Pößart, der von verschiedenartigen, jenen der Intendant oft diametral entgegengesetzten Anschauungen herrührte, hat neuerdings die Frage, in wie fern der kostspielige Apparat der Oper, der hier wie anderswo immer noch der finanziellen Unterstüzung des Schauspiels bedarf, um sich als vernehmbar zu erweisen, dem deutschen Theater Vortheil bringt und es wurden in der Presse bemerkenswerthe Stimmen laut, welche vorläufig noch zurückhalten, aber doch verständlich genug sich gegen die Überwucherung der Oper auf der Bühne aussprachen. Wie weit die Oper sich mit dem Schauspiel in das Repertoire und in die Kasse theilen muß, dürfte eine Frage sein, welche die Ästhetiker und Kunstreunde einmal noch lebhaft beschäftigen wird.

des Papstes nach der Annexion sicher zu stellen. Nach § 12 desselben correspondirt der Papst „in voller Freiheit und ohne jede Einschaltung der italienischen Regierung mit dem Episcopat und mit der ganzen katholischen Welt.“ Zu diesem Zwecke ist ihm das Recht eingeräumt, im Vatican oder in irgend einer anderen seiner Residenzen ein Post- und ein Telegraphenbureau zu errichten, deren Dienst durch von ihm freigemählte Beamte versehen wird. Die im Namen des Papstes abgesendeten Courrier sind im Königreich Italien den Cabinetscourier der auswärtigen Regierungen gleichgestellt. Nach § 7 darf kein Staatsbeamter oder Polizeiaugent zur Ausübung von Amtshandlungen in die Paläste und Dertlichkeiten, wo der Papst gewöhnlich residirt oder sich zeitweilig aufhält, ohne die Ermächtigung des Papstes eindringen. § 8 verbietet Unterforschungen, Nachforschungen oder Beschlagnahme von Papieren, Urkunden, Büchern oder Registern in den ausschließlich mit einem geistlichen Wirkungskreise besiedelten päpstlichen Aemtern und Congregationen vorzunehmen. § 9 sichert dem Papste volle Freiheit, alle Functionen seines geistlichen Amtes auszuüben, und § 1 erklärt die Person des Papstes für heilig und unverleglich. Der deutsche Gesandte in Rom hat bereits die Inconsequenzen, welche das Garantiegebot hervorruft, zur Sprache gebracht, freilich nicht offiziell, sondern nur „dilatorisch“. Die freikonservative Post enthält einen Artikel über den Gegenstand, der durch den officiellen Telegraphen verbreitet wird, also wohl auf halbmäßigen Ursprung zurückzuführen ist. Derfelb führt aus, daß der italienische Staat, indem er einen seiner Gäste oder Unterthanen unnahbar macht für sein eigenes Gesetz, damit nothwendig die völkerrechtliche Verantwortung übernimmt für die Handlungen eben dieses Gastes oder solcher Unterthanen. Der Artikel will die „apostolischen Paläste“ nicht vor dieser völkerrechtlichen Verantwortung geschützt wissen und weist auf die Verlegenheiten für die italienische Regierung hin, die daraus entstehen möchten, daß ein Souverän oder ein Gast, den sie aufgenommen, feindselige Handlungen gegen einen dritten Souverän übernimmt, mit welchem sie sich in Frieden befindet. Dann heißt es zum Schluß: „Es drängt sich daher der Gedanke auf, daß die italienische Regierung ihrerseits die Initiative ergreifen sollte, um die Folgen eines Verhältnisses abzuminden, die weder für sie noch für ihr Volk erträglich sind. Die italienische Regierung sollte beantragen, daß die europäischen Mächte gemeinsam eine Constitution des Papstthums festsetzen; eine Constitution, welche dem Papst alle erforderlichen Rechte sichert, aber auch alle nothwendigen Schranken zieht in Bezug auf die Bedingungen der Papstwahl, in Bezug auf die Gültigkeit der päpstlichen Acte den Staaten gegenüber und in Bezug auf die Verantwortlichkeit des Papstes und ihre Verwirkung bei Überschreitung der in der Constitution gezogenen Schranken. Alle Staaten haben an einer solchen Constitution des Papstthums ein unmittelbares und dringendes Interesse. Die Initiative gehöhrt aber der italienischen Regierung, weil dieselbe in der Lage ist, so lange der jegige unregelmäßige Zustand dauert, die Last der völkerlichen Verantwortlichkeit auf ihre Schultern fallen zu sehen. Man kann das von den Großstaaten der christlichen Civilisation zu unternehmende Werk einer päpstlichen Constitution für sehr angezeigt halten, und doch entschiedene Zweifel hegen, ob die Aussichten für das Gelingen eines solchen Werkes bereits vorhanden sind. So, scheint es, findet man sich zurückgeworfen auf die Forderung des völkerrechtlichen Charakters der Paläste des Vaticans und Laterans und etwa noch der Villa von Castel Gandolfo, welche sämmtlich das italienische Garantiegebot als apostolisch bezeichnet. Welchen der möglichen Wege wird zunächst Europa und wird weiterhin Deutschland gegenüber dem Papstthum einschlagen? Dies vorauszufagen, kann heute noch Niemand unternehmen. Aber zur Klarheit zu bringen, welche Wege möglich sind, während der augenblicklich noch bestehende Zustand unmöglich ist, wird der Versuch gemacht werden müssen.“

Das englische Tory-Cabinet hat in dem nunmehr beendigten Abschnitt der parlamentarischen Session vermittelt seiner überwiegenden Majorität in beiden Häusern und auch Dank seiner allseitig makrovolle Haltung in allen gegen die Wefenheit seiner Vorlagen gerichteten Abstimmungen den Sieg davongetragen. Auch das Budget, welches unter minder günstigen Verhältnissen ihm ein Stein des Anstoßes hätte werden können, stellte wenig Schwierigkeiten mehr in Aussicht. So weit nämlich die Ausweise der Staatseinnahmen reichen (es fehlen nur mehr wenige Tage bis zum Abschluß des Verwaltungsjahrs) können wir schon mit annähernder Bestimmtheit wissen, daß statt des vielfach prophezeiten Ausfalls ein Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben des ablaufenden Jahres zu Tage treten wird. Seine Größe anzugeben, ist noch nicht möglich, so viel jedoch ist heute schon klar, daß die Zölle mehr abwarf, als nach den gestrichenen Zuckerzöllen im Betrage von 2 Mill. £. erwartet worden war, und daß im Ganzen die Voranschläge des Schatzkanzlers gerechtfertigt waren. Bis zum 20. d. M. betrugen die Einnahmen 73,080,000 £., bleibten somit noch 1,345,000 £. zur Deckung der Voranschläge (74,425,000 £.), über deren Einlaufen bis zum Schluß des Monats kein Zweifel obwaltet. Da der Überschuss auf keinen Fall bedeutend sein wird, kann von einer namhaften Steuerermäßigung im nächsten Verwaltungsjahr nicht gut die Rede sein.

In Paris schwirren seit einigen Tagen allerlei heunruhigende Gerüchte umher, es heißt, der Krieg mit Deutschland stehe vor der Thüre, und die Baissiers machen gute Geschäfte. Das Pferdeausfuhrverbot wird als ein erstes Anzeichen ausgeutzt, andere Dinge werden nur leise angedeutet, so daß man sie nicht greifen und darum auch nicht dementiren kann. Sehr viel wird an der Pariser Börse folgender Umstand zum Graulichmachen benutzt. Am Montag begab sich ein Angestellter des Kriegsministeriums auf die Bureau der verschiedenen Pariser Journals und brachte dort eine Note des Kriegsministers zur Kenntnis, in welcher gebeten wird, daß man nicht leichthin militärische Nachrichten veröffentlicht, sondern nur diejenigen militärischen Mitteilungen bringen möge, welche der „Moniteur“

de l'Armée“ und der „Avenir militaire“ enthält. Als Grund der Maßregel wurde von dem Beamten angegeben, die Blätter berichteten häufig Ungenaues, welches geeignet sei, die fremden Mächte zu alarmiren; man vermutet aber, wie immer, sogleich das Schlimmste, besonders da solche Verwarnungen bisher nicht vom Kriegsministerium, sondern von dem des Innern angingen. Die ganze Mittheilung wird übrigens auf besonderen Wunsch von der französischen Presse kaum berührt.

Zwischen Russland und England wird das Verhältnis um Centralasiens willen immer gespannt. Die Besetzung Herats durch den Emir von Afghanistan kommt den Engländern sehr bedenklich vor, denn Herat wird als der Schlüssel auf Russlands Weg nach Indien betrachtet und man fürchtet, der Emir handele in Russlands Interesse. In England dringt man daher in die Regierung, daß sie die wichtige Position Merv befreje. Andererseits glaubt aber Russland auch Grund zu Misstrauen zu haben. Wen Russland am meisten fürchtet, das ist Jakub Khan, der mächtige und energische Herrscher von Osturistan, der, ein zweiter Mehmed Ali oder Napoleon, sich von geringer Herkunft zu dem Herrscher eines Reiches aufgeschwungen hat, dessen Längenausdehnung bereits weiter als die von Petersburg nach Madrid ist. Auch kürzlich hat er wieder die Chinesen geschlagen und ihnen ein weites Gebiet abgenommen, und nicht mit Unrecht fürchtet Russland, daß er den Eroberungen Russlands in Centralasien ein Ziel sein könnte. Jakub Khan ist äußerlich noch freundlich gegen Russland, aber er beobachtet scharf jeden seiner Schritte, und er sucht über Kuenlun und Himalaya hinweg den Engländern in Indien freundschaftlich die Hand zu reichen. Die englische Gefanßhaft, welche vor einigen Zeit auf dem Wege durch Tibet unter Forsyth's Leitung nach Kashgar gesandt wurde, nahm der muhamedanische Herrscher äußerst freundlich auf, und Russland beschuldigt die Engländer, daß diese den Khan über die Gebirge Centralasiens mit guten Hinterladern versorgen. Sehr bemerk ist es auch worden, daß Sir Henry Rawlinson, früher englischer Gefannte in Persien und jetzt Mitglied des „Indischen Raths“ in London, gerade den gegenwärtigen Augenblick gewählt hat, um seine früheren Alarm-Artikel über die central-asiatische Frage gesammelt und bedeutend erweitert herauszugeben. Seine Meinung ist, daß sobald die Russen sich Merv — einer ca. 950 Miles von dem nächsten Punkte der englischen Grenze entfernten Stadt — nähern, oder den Ort besetzen, England entschiedene Maßregeln ergreifen müsse; in Cambay einrücken, die Politik von 1838 wiederholen, Herat besiegen, Persien unterstützen, eine persische Armee von 10,000 Mann unter englischen Offizieren bilden. Der russische Gefannte in London, Graf Schuvalow, traf in vergangener Woche in Petersburg ein, was man auch mit der central-asiatischen Frage in Verbindung bringt.

Deutschland.

Berlin, 26. März. Die Anwesenheit des deutschen Botschafters in Paris, Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst, in Berlin hat zu allerlei Vermuthungen und Auslegungen geführt, welche bei der augenblicklichen Dürre an thafäischen Nachrichten nach jeder Richtung hin breit getreten werden. Zunächst kann verbürgt gemeldet werden, daß alle jene Angaben, welche mit einer veränderten Stellung des Botschafters in Verbindung gesetzt werden, leere Erfindungen sind. Der Fürst war hierher gekommen, um den Kaiser zum Geburtstage zu beglückwünschen und gleichzeitig um den Eintritt seines Sohnes als Lieutenant à la suite des 1. Garde-Dragoner-Rgts. in die Wege zu leiten. Der seit Jahren bestehende enge Verkehr des Fürsten am Hofe macht seinen wiederholten Empfang bei dem Kaiser und dem Kronprinzen erklärlich und die Besprechungen des Botschafters mit dem Reichskanzler sind so selbstverständlich, daß darin nichts Außerordentliches erblieb werden kann. Morgen reist Fürst Hohenlohe nach Paris zurück. — Die Ernennung des Generals Maillinger zum bayrischen Kriegsminister wird in den höchsten maßgebenden Kreisen mit sehr günstigen Augen angesehen. Man hatte hier anfangs bezweifelt, daß der General die Berufung annehmen würde, vermutete, es handle sich nur darum, sein Gutachten über verschiedene andere Candidaten für das Kriegsministerium in Bayern entgegen zu nehmen. Der bisherige Kriegsminister General Brankh gehörte immerhin einer stark partifalistischen Richtung an, während General Maillinger offen sich der reichsfreundlichen Strömung zugewendet hat, worauf man begreiflicher Weise hier großes Gewicht legt.

BAC. Berlin, 26. März. Die Justizcommission des Reichstags ist, wie bereits mitgetheilt worden, auf den 14. April einberufen worden. Nach einem früheren Beschlüsse der Commission sollten die Berathungen derselben zunächst mit dem Gesetz über die Gerichtsverfassung beginnen, da jedoch mehrere Mitglieder der Commission, darunter die meisten preußischen und bayerischen, für's Erste von den Landtagsgeschäften stark in Anspruch genommen sind, und außerdem die tiefbeklagte Krankheit des Abgeordneten Lasker eine Rücksichtnahme erfordert, so ist vielfach der Wunsch entstanden, daß die Commission zuerst die Civilprozeßordnung in Angriff nehmen möchte. Über diese Frage wird demnach zuerst Entscheidung getroffen werden müssen. Es spricht für den Wunsch, mit der Civilprozeßordnung zu beginnen, besonders der Umstand, daß es zweckmäßig ist, mit derjenigen Vorlage den Anfang zu machen, welche weniger Schwierigkeiten als die anderen bereitet und hinsichtlich deren eine größere Uebereinstimmung der Ansichten herrscht. Die Mitglieder der Commission werden auf diese Weise sich schneller mit einander einarbeiten und dann später auch bei den Vorlagen, wo die Ansichten weiter auseinander gehen, sicherer zu Ergebnissen gelangen, als wenn ihre Berathungen auf einem Gebiete beginnen, wo nicht blos die technisch juristischen Fragen einer verchiedenen Auffassung begegnen, sondern auf welches auch politische Meinungsverschiedenheiten hinüberspielen.

Bern, 25. März. Der Bundesrat hat die Regierung von Uri auf ihre Beschwerde über die Beiznahme der katholischen Kirche in Bern durch die Alt-katholiken abfallig beschieden. (W. T.)

Frankreich.

Paris, 24. März. Die französische Polizei ist gegenwärtig von einer sehr ernsten, die ganze Finanzwelt betreffenden Angelegenheit in Anspruch genommen. Sie hat nämlich entdeckt, daß eine große Anzahl falscher Obligationen der Pariser Stadtentlehe von 1850 in Umlauf gesetzt worden sind. Drei der Fälscher wurden in Paris verhaftet. Der übrigen konnte man nicht habhaft werden, da sie sich noch im Auslande befinden. Wie es scheint, brachten die Nachforschungen auf die Spur von anderen ähnlichen Angelegenheiten. Es sollen nämlich eine große Masse falscher Papiere, und zwar nicht allein in Paris, sondern auch auf den auswärtigen Märkten circulieren. Daß man dies nicht früher entdeckte, ist dem Umstand zuzuschreiben, daß in Folge der ungeheuren Anzahl von Wertpapieren, die seit 20 Jahren gegründet wurden, dieselben in Packeten von 100 bis zu 1000 Stück aus einer Hand in die andere gehen, ohne einer näheren Prüfung unterworfen zu werden. Man sieht mit ängstlicher Spannung den weiteren Verlauf der angestellten Nachforschungen entgegen.

Der Handelsminister hat in einem Schreiben vom 14. d. der Direction der Nordbahn ein Kauf von höchstens zwei Millionen Thaler für die Befreiung Herats durch den Emir von Afghanistan kommt den Engländern sehr bedenklich vor, denn Herat wird als der Schlüssel auf Russlands Weg nach Indien betrachtet und man fürchtet, der Emir handele in Russlands Interesse.

In England dringt man daher in die Regierung, daß sie die wichtige Position Merv befreje. Andererseits glaubt aber Russland auch Grund zu Misstrauen zu haben. Wen Russland am meisten fürchtet, das ist Jakub Khan, der mächtige und energische Herrscher von Osturistan, der, ein zweiter Mehmed Ali oder Napoleon, sich von geringer Herkunft zu dem Herrscher eines Reiches aufgeschwungen hat, dessen Längenausdehnung bereits weiter als die von Petersburg nach Madrid ist. Auch kürzlich hat er wieder die Chinesen geschlagen und ihnen ein weites Gebiet abgenommen, und nicht mit Unrecht fürchtet Russland, daß er den Eroberungen Russlands in Centralasien ein Ziel sein könnte. Jakub Khan ist äußerlich noch freundlich gegen Russland, aber er beobachtet scharf jeden seiner Schritte, und er sucht über Kuenlun und Himalaya hinweg den Engländern in Indien freundschaftlich die Hand zu reichen. Die englische Gefanßhaft, welche vor einigen Zeit auf dem Wege durch Tibet unter Forsyth's Leitung nach Kashgar gesandt wurde, nahm der muhamedanische Herrscher äußerst freundlich auf, und Russland beschuldigt die Engländer, daß diese den Khan über die Gebirge Centralasiens mit guten Hinterladern versorgen. Sehr bemerk ist es auch worden, daß Sir Henry Rawlinson, früher englischer Gefannte in Persien und jetzt Mitglied des „Indischen Raths“ in London, gerade den gegenwärtigen Augenblick gewählt hat, um seine früheren Alarm-Artikel über die central-asiatische Frage gesammelt und bedeutend erweitert herauszugeben. Seine Meinung ist, daß sobald die Russen sich Merv — einer ca. 950 Miles von dem nächsten Punkte der englischen Grenze entfernten Stadt — nähern, oder den Ort besetzen, England entschiedene Maßregeln ergreifen müsse; in Cambay einrücken, die Politik von 1838 wiederholen, Herat besiegen, Persien unterstützen, eine persische Armee von 10,000 Mann unter englischen Offizieren bilden. Der russische Gefannte in London, Graf Schuvalow, traf in vergangener Woche in Petersburg ein, was man auch mit der central-asiatischen Frage in Verbindung bringt.

Der Befreiung der Hinterländer beruhen auf den angestellten Nachforschungen entgegen.

Der ganze Landstrich, der sich längs der spanischen Grenze hinzieht, war seit zwei bis drei Jahren von Pferdeleben ausgebüttet. Dieselben eigneten sich während dieser Zeit über 1500 Pferde an. Die Justizbehörden legten endlich die Hand auf die Bande. Ihr Hauptmann, ein ehemaliger Polizeicommissar des Kaiserreichs, erhielt drei Jahre Gefängnis.

H. Dedié, ein evangelischer Prediger, ist zu 16 Fr. Geldstrafe verurtheilt worden, weil er bei Versammlungen in Mün (Var-Departement), wo die Bibel verlesen wurde, den Vorsitz geführt hat. Diese Versammlungen hatten seit acht Jahren ungestört stattgefunden. Der gegenwärtige Prozeß, der vom General-Procurator von Aix eingeleitet worden, hat mehr als ein Jahr gedauert.

— 25. März. Der Justizminister Dufaure empfing gestern den Staatsrat, welchem er die Mithilfe mache, daß sofort nach dem Wiederzusammen treten der Nation eine Versammlung außer den zur Ergänzung der Gesetze über die Organisation des Staatsrats bestimmten Vorlagen weitere Gesetzwürfe einzubringen werden würden, welche für die Constituierung der Deputiertenkammer und des Senats von der Regierung als unerlässlich betrachtet würden. — Dem letzten Ministrat unterbreitete der Herzog von Decazes die Marquis de Molins bezüglich der Sprache des „Univers“ über König Alfons. Der Justizminister Dufaure sprach sich aber auf's Entschiedenste dagegen aus, daß auf Grund einer auswärtigen Reklamation gegen die Journale eingegangen werde, da es den fremden Regierungen freistände, sich an die Gerichte zu wenden. — Das „Journal officiel“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Finanzministers, nach welcher die Obligationen der Morgan'schen Union am 1. October d. J. eingelöst werden sollen.

England.

London, 24. März. Den Grubenarbeiten im nördlichen Wales ist eine Herabsetzung der Löhne um 15 Proc. angekündigt worden, die vom Beginn des nächsten Monats an in Kraft treten. Dem Vernehmen nach wollen die Arbeiter eine Verringerung von 10 Proc. annehmen. Aus dem südlichen Wales wird gemeldet, daß die Besitzer der Eisenwerke in Glamorganshire und Monmouthshire aller Wahrscheinlichkeit nach ihre Defen in diesem Jahre nicht in Thätigkeit setzen werden wegen der fortduernden und zunehmenden Gedrücktheit des Eisenhandels. — Wie ein Hundschreiber der Krystallpalast-Gesellschaft mittheilt, steht der Verkauf des Grundstücks in Sydonham an eine neue Gesellschaft bevor, welche mit großem Capital im Stande sein wird, dem ursprünglichen Plane gerecht zu werden. Da im Mai der Alexanderpalast im Norden London's wieder eröffnet werden soll, dessen Concurrenz nicht ganz unbedenklich zu werden droht, so wird der ältere Palast allerdings wohlthun, seine Stellung in der öffentlichen Meinung mit allen möglichen Mitteln zu vertheidigen.

London, 25. März. Dem Vernehmen nach ist die Reise des Prinzen von Wales durch eine leichte Erkrankung derselben veranlaßt und wird er von Paris aus sich zu einem vierzehntägigen Aufenthalt nach dem Süden Frankreich's begeben. — Dem „Standard“ zufolge hat das Haus Hay Ingram u. Comp. (79 Great Tower Street in London), das auch eine Zweigniederlassung in Rangoon besitzt, seine Zahlungen eingestellt. Die Passiva betragen 150,000 Pf. Sterl., der Werth der Activa ist noch nicht festgestellt.

Der Gouverneur von Jamaica hat unter dem 23. v. M. ein Telegramm an die Regierung gerichtet, nach welchem die vor Kurzem dort unter den Kulis stattgehabten Ruhestörungen jedes insten Charakters entbehen. Er habe zwar ein Kanonenboot nach Port Morant beordert, es sei jedoch kein Grund zu irgend welchen Besorgnissen vorhanden.

Stockholm, 26. März. Die von auswärtigen Blättern gebrachte Nachricht, daß der Finanzminister und der Kriegsminister anlässlich der neuen Militärvorlage ihre Entlassungsgesuche eingereicht hätten, wird von zuverlässiger Seite bestreit. (W. T.)

Rumänien.

Bukarest, 24. März. Die Regierung hat die Vorlage betreffend den Bau der Eisenbahn bis an die siebenbürgische Grenze zurückgezogen und wird bei der im Frühjahr stattfindenden außerordentlichen Kammerseßion das Concessionsgesetz unter Nennung der Namen der Concessionsbewerber vorlegen. (W. T.)

Griechenland.

Athen, 25. März. Die Deputirtenkammer hat ihre Sitzungen wieder aufgenommen. Die Mitglieder sind aber nicht vollzählig anwesend und sind die der Opposition angehörigen Deputirten nicht in die Kammer eingetreten. (W. T.)

Serbien.

Belgrad, 25. März. Die Skupština ist heute aufgelöst worden. Die Versammlung ging unter Hochrufen auf den Fürsten auseinander. Die Neuwahlen sollen in 4 Monaten stattfinden.

— 25. März. Vor Auflösung der Skupština ist das Eisenbahngesetz vom Fürsten Milan sanktionirt worden. Ob die Auflösung der Landesvertretung einen Wechsel des Ministeriums zur Folge haben wird, ist noch ungewiß. (W. T.)

Telegramm der Danziger Zeitung.

Berlin, 27. März. Der Fürst und die Fürstin Bismarck reisen heute Nachmittags um drei Uhr nach Friedrichsruh (Lauenburg) ab. Bald nach dem Besuch des russischen Kaisers in Berlin Mitte Mai wird, nach den be-

